

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4,50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengelegene Postzelle oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 260.

Freitag, den 5. November 1920.

27. Jahrg.

Auf der schiefen Ebene.

Die guten Ratschläge, wie wir aus dem wirtschaftlichen Druck und der gefährlichen Schuldenwirtschaft hinauskommen sollen, hageln nur so auf uns nieder; nur ist's damit nicht getan. Die einen appellieren an die sittlichen Pflichten, mit denen sich aber in der gegenwärtigen Zeit wenig anfangen läßt, die andern halten es mit einer Wiederherstellung der Autorität des Staates, der aber immer noch sehr erhebliche Schwachzustände zeigt und schließlich schwören gar viele auf das freie ungehinderte Ausstehen der Wirtschaftskräfte, denn hier fühlt sich der Kapitalismus in seinem Lebenselement.

Eine Mischung von alledem konnte man jüngst auf dem deutschen Bankiertag in Empfang nehmen. Es wurde die Sparsamkeit in Gemeinden und Reich empfohlen, eine Einschränkung der Einfuhr und eine Steigerung der Ausfuhr. Sehr gut, wenn nur nicht in Handel und Industrie gerade gegenwärtig der lebhafteste Versuch gemacht würde, die Kontrolle des Außenhandels los zu werden und damit eine der notwendigsten Maßnahmen, die zur Stütze der Valuta unternommen wird, zu beseitigen.

Mit vieler Energie wandten sich die Herren aus der Bankwelt gegen die harten direkten Steuern; sie lehnten die Zwangsanleihe ab, forderten die Aufhebung des Depotzwanges und die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses in Steuerfragen. Damit wäre wohl den Banken und ihren Auftraggebern gedient, aber wirtschaftspolitisch könnten wir wohl noch einige Stufen tiefer sinken bei der Ausführung dieses Programms.

Die Tagung kam etwas aus dem ruhigen Gleichgewicht, als ein Vertreter gewisse Mißstände im Devisenhandel zu heftigen Angriffen gegen die Banken benützte. Er mußte unter allgemeinen Unwillen abbrechen und bisher ist über den Inhalt der Rede nicht viel bekannt geworden. Die Verhandlungen, die im Devisenhandel vorgenommen sind, geben in der Tat zu einer berechtigten Kritik Anlaß. Bis vor kurzem bestand für die Außenhandelsstellen die Verpflichtung, die Devisen an die Reichsbank zu überführen. Von dort aus konnte dann ein Einfluß auf den Devisenmarkt ausgeübt werden und besonders für die Einfuhr von Lebensmitteln ausländische Zahlungsmittel bereitgestellt werden. Nunmehr hat man, ohne einen ersichtlichen Grund, diese Verordnung aufgehoben, die Reichsbank will im freien Verkehr langfristige Wechsel annehmen und sucht im Terminhandel für Devisen eine Deckung. Natürlich verlangen die Banken nun allgemein die Einführung des Terminhandels, der den Spekulationsgeschäften wieder ein erweitertes Feld der Betätigung bietet. Mit welchen Manipulationen auf diesem Gebiete der Valutafikulation man es zu tun hat, dafür bietet die Zeitschrift „Der Schweizer Exporteur“ eine interessante Illustration. Es wird berichtet, daß Getreideaufkäufe in Amerika von deutschen Händlern getätigt werden, die diese Einkäufe dann, wenn es beim Stand der Valuta vorteilhaft erscheint, nach anderen Auslandsplätzen abgeben. Das Gleiche geschieht mit der für deutsche Rechnung aufgekauften Baumwolle. In all diesen Fällen ist die Zahlung in Mark hinausgegangen oder Devisen sind in Anspruch genommen, die nun, wenn in größerem Umfange diese Schiebung betrieben wird, mit zur übermäßigen Anspannung unserer Zahlungsmittel und damit zur Verschlechterung der Valuta beitragen müssen. Die Reichsbank kann natürlich nicht die tatsächlichen Eingänge der Waren kontrollieren, und so schlägt ihr der „ehrbare Handel“ ein Schnippen.

Über dieser Vorgang ist auch insofern lehrreich, als das Reichsernährungsministerium Hals über Kopf dem freien Handel den Einkauf im Auslande übergab, anstatt die Reichsgetreidekasse weiter damit zu beauftragen.

Man versteht jetzt, weshalb der Getreidehandel den Kampf gegen die Reichsgetreidekasse führte und sich für die Einkäufe im Auslande so eifrig empfahl.

Die nächste Attacke wendet sich nun den Außenhandelsstellen zu, die verschwinden müssen, um für diese und ähnliche Geschäfte freie Bahn zu schaffen. Dabei ist die Grenzkontrolle in einem elenden Zustande. Das große Loch im Westen, das mit Mühe und Not gestopft wurde, ist unter dem gegenwärtigen Ministerium wieder aufgerissen; Millionen von Waren gehen unkontrolliert und unverzollt herein und heraus. Nach dem Saargebiet werden Kartoffeln, Getreide und andere wichtige Lebensmittel geliefert, die dann über die französische Grenze wieder mit hohem Gewinn verkauft werden; an der belgischen und holländischen Grenze wird in der unerschämtesten Weise ein Schmuggel getrieben, der zum öffentlichen Skandal für das Finanzministerium ausartet. Der Leiter des Polizeiamtes, Dr. Falk, wendet sich in seinem Anmut an die Öffentlichkeit und schüldert, wie seine Hilfe vom Finanzministerium zurückgewiesen wird. Der Erfolg? Es geschieht nichts, das Treiben wird ruhig fortgesetzt. Nicht nur die ständigen Schmuggelgeschäfte, die wie eine Seuche die ganze Grenzbevölkerung erfaßt haben, sind es, auch die Großen, die mit Hunderttausenden Bestimmungsgeldern arbeiten, führen ganze Transporte über die Grenze, ohne daß die dem Finanzministerium unterstellte Zollkontrolle etwas merkt. Damit die Fleischpreise weiter ansteigen können, gehen die Viehtransporte nach dem Auslande. Die Einmischung der Landespolizei verbittet man sich im Finanzministerium, weil nur die Zollkontrolle für diese

standards Zustände die allein verantwortliche Behörde ist. Bei diesem Schwindrian geht es mit Riesenschritten abwärts. Während wir bei der Entwertung der Zahlungsmittel mit fortgesetzten steigenden Preisen zu rechnen haben, ist in England das Pfund Merinowolle von 57 auf 30 d, ägyptische Baumwolle von 84 auf 49 d, Kafao der Zentner von 140 auf 81 sh, Zucker von 131 auf 100 sh gesunken.

Die Bestände an Wolle sind, wie aus Amerika gemeldet wird, so umfangreich, daß bei dem ungenügenden Absatz mit einem erheblichen Rückgang der Schafzucht gerechnet werden muß. Mit welchem Empfinden müssen wir diese Mitteilung aufnehmen, wo in jeder Familie ein reicher Bedarf an Kleidung vorhanden ist. Dort ein Ueberfluß, hier harte Entbehrung, die zu beheben wir zu arm sind. Die Entwertung unserer Zahlungsmittel läßt uns selbst bei niederen Preisen im Auslande keine billige Ware auf dem Inlandsmarkt bringen. Unsere Notlage aber wird noch gesteigert durch das zügellose Treiben auf dem Warenmarkt.

Die politische Aussprache im Reichstage.

(Fünftes Tag.)

Obt weiß man nicht, soll man sich über die Dummheit oder über die Frechheit eines Menschen mehr ärgern — besonders wenn dieser Mensch der Deutschnationale Herr Helfferich ist. Ausgerechnet ihn, den Mann mit der größten Verantwortung für die von Anfang verfehlte Finanzpolitik während des Krieges, schickte die alleinpatriotische Partei der äußersten Rechten vor, um das Programm der Regierung, besonders in der Finanzpolitik, zu kritisieren. So wenig man Anlaß hat, das Programm dieser Regierung, das überhaupt kein Programm ist, zu verteidigen, so sehr muß man sich gegen die frivole, freche und dumme Art der deutschnationalen Kritik, ausgerechnet in der Steuerpolitik, wenden. Denn was man hier der Regierung zum Vorwurf machen kann, ist einzig ein zu wenig — der große kleine Helfferich aber findet es viel zu viel. Was er will, sagte er nicht, er sagte überhaupt nichts, wie ein paar persönliche Bosheiten, aber man weiß es, daß die bloße Angst vor dem Reichsnotopfer und den übrigen — nur allzusehr auf dem Papier stehenden — Besitztümern ihn und seine Freunde beherrscht. Der Zentrumsdemokrat Wirth blieb ihm die Antwort nicht schuldig und zitierte unter dem Beifall des ganzen Hauses jene herrliche Prophezeiung eines Reichsfinanzsekretärs Helfferich, wonach mit den finanziellen Lasten die Feinde sich abzuschleppen hätten. Interessanter als dies war seine Zwischenbemerkung, daß seine wirtschaftspolitischen Pläne bis weit in die Mitte hinein Mißfallen erregen würden. Sollte dem Herrn Reichsfinanzminister angeichts der fürchterlichen Finanznot gar etwas vom Wissen der Sozialisierungsanschläge aufgegangen sein? — Nicht unkluge Worte fand der deutsche Volksparteiler Dr. Quack, aus dessen Ausführungen deutlicher als aus denen Stresemanns der Versuch des Unternehmertums klang, die Arbeiterschaft um die Sozialisierung zu pressen.

26. Sitzung, Donnerstag, 4. November, 3,20 nachm.
Am Regierungstisch: Ehrenbach, Heinze, Koch, Wirth, Gehler, Simons.
Präsident Loebe eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß die nächste Sitzung des Wahlprüfungsgerichtes am 11. November stattfindet.

Die allgemeine politische Erörterung wird fortgesetzt.
Abg. Dr. Helfferich (M.): Die Antindignaria der Autonomie für Oberschlesien hat aufs tiefste entnervt. Man hat sie dort so empfunden, als ob man bereit sei, Oberschlesien aufzugeben, als ob man die Krone niederholen wolle, als ob es sich nicht mehr recht lohne, zur Abstimmung nach Oberschlesien zu fahren. Wir haben alles getan, um unsere Feinde auf die Schanze zu bringen. Abg. Müller-Krankan hat furchtbare Drohungen gegen die Kriegsheimkehrer ausgesprochen. Wer heßt denn bei uns zum Reize? (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Er hat weiter gesagt, die deutsche Arbeiterschaft würde jeden neuen Krieg verhindern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich warne vor solchen unvorsichtigen Reden. Sie wirken nach außen wie eine Einladung zu neuer Gewalttat, wie ein Freibrief für jeden Rechtsbruch. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Meine Ausführungen sind ja nur eine beschreibende Gegenwehr. Müller hat sich zugunsten Scheidemanns darauf berufen, daß der Kaiser seine Offiziere und Beamten des Treueides entbunden habe. Gewiß, aber der kaiserliche Staatssekretär Scheidemann hat am 9. November die Republik proklamiert und die Eidesbindung ist erst 28. November nach längeren Verhandlungen erfolgt. (Hört, hört! rechts.) Unruhe bei den Sozialdemokraten. Die empörende Aeußerung, die Offiziere könnten froh sein, daß sie am 9. November mit dem Verlust der Kokarden und Schlüsselstücke davon gekommen sind. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Das hat Müller nicht gesagt! Ich will ebenfalls entschieden zurückweisen. Die Revolutionäre wußten, daß sie nicht regierten. Das war die erste Revolution der Weltgeschichte mit Lebensversicherung. Ob es richtig war, daß der Kaiser nach Holland ging, darüber sind auch in unseren Kreisen die Meinungen geteilt. Er tat diesen Schritt nur, um den Bürgerkrieg zu vermeiden. Ich verstehe nicht, daß man den Kaiser in dieser Weise beschimpft. Redner fordert energisches Vorgehen gegen die Kreise, die die Diffamierung der Mafse und die Gewalt predigen. (Unruhe auf der äußersten Linken.) Das Verbot der Organisation Egeria war nicht gerecht-

fertigt. Der neue Erlass des preussischen Ministers des Innern ist ein Gewaltakt. Wir stehen vor der bolschewistischen Gefahr. (Zuruf links: Sie sind aus Moskau ausgerissen!) Das ist eine Verleumdung. Der einzige Ausfuhrartikel Rußlands ist die Revolution. Der Redner bepricht dann den Reichshaushalt. Wir sind in schlimmerer Lage als beim Staatsbankrott. Die Not ist bei den kleinen Rentnern viel schlimmer als bei der Arbeiterschaft. Der Mittelstand wird am schwersten betroffen. Wir exportieren bereits unsere Bergwerke und unseren Grund und Boden zu Schleuderpreisen. Das bedeutet reitungslos Sklaverei für unser gesamtes Volk. Das ist aber kein Vandalismus mehr, das ist Ententismus. (Sehr richtig! rechts.) Loucheur fordert für die Herstellung der zerstörten französischen Gebiete 500 Milliarden Papiermark, während der Engländer Keynes nur 16 Milliarden errechnet hat. Diese Lasten sind für das deutsche Volk gänzlich unerträglich. Die Steuern müssen unbedingt abgebaut werden. Wir brauchen Jahre der Erholung. Die neue deutsche Unterschrift darf nur unter einer Summe geleht werden, die im Bereich der Möglichkeiten liegt. (Sehr richtig! rechts.) In den Festbeträgen der Eisenbahn sind nicht die Materialpreise, sondern die geringe Arbeitsleistung bei hohen Löhnen schuld. Die Gehälter bei der Eisenbahn sind erschreckend. Die überstürzte Gesetzgebung der Nationalversammlung muß revidiert, die Steuerhandhabung vereinfacht werden. Die Wiederherstellungsfrage ist mit der größten Fersehaftigkeit behandelt worden. Die soziale Versöhnung ist Vorbedingung des Wiederaufbaues. (Beifall bei den Deutschnat.)

Finanzminister Dr. Wirth: Herr Helfferich hat das Maß der Kritik weit überschritten. Unter ihm hat man von Geisteskräften im Finanzministerium noch nichts bemerkt. Er hat keinen einzigen Vorschlag gemacht, wie wir aus der Finanznot herauskommen. Die Neubildung von Ländern berührt doch nicht die Reichseinheit, nachdem sie durch die drei großen Klammern der Reichssteuern, der Reichseisenbahnen und der Reichspost zusammengehalten wird. (Beifall bei der Mehrheit.) Widerrechtlich (rechts.) Allen Schichten der Bevölkerung sind schwere Opfer auferlegt worden. Da muß auch der Belie herangezogen werden. Die Besoldungsordnung fand ich bereits vor. Die Länder haben das Sperrrecht abgelehnt. Helfferich mag sich bei seiner Partei erkundigen, wieviel neue Beamtenstellen sie selbst gefordert haben. Leider ist

jeder Gemeinfinn im deutschen Volk geschwunden. Helfferich hätte auch an die Kreise der Schwerindustrie eintreffende Worte richten müssen. (Beifall bei der Mehrheit.) Wir werden in den nächsten Tagen vielleicht eine

Milliardenvorlage machen müssen, um dem Volke das nötige Brot zu schaffen. Notwendig ist eine Stabilisierung unseres Geldwertes. Die Franzosen kann man allerdings noch nicht aus ihrer Kriegsspinne befreien, daß Deutschland alles bezahlen werde, aber Helfferich, der Mann, der den fundamentalen Irrtum begangen hat, zu sagen, „das Bleibewort der Kriegskosten sollen die andern hinter sich herschleppen“, der Mann ist nicht berufen, hier als Anführer gegen die feindliche Regierung aufzutreten. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Quack (DZV): Der Aufbau des formellen Staats ist ebenso lächerlich wie unfruchtbar. Ferner ist die Beifügung einer Denkschrift über die Grundzüge bei Aufstellung des Staats zu fordern. Der Reichsfinanzminister ist nur befreit, die Einnahmen zu steigern. Man kann aber einen großen Betrieb nicht durch Steigerung der Einnahmen sanieren. Die Sanierung muß auf der Ausgaben Seite, nicht auf der Einnahmenseite beginnen. Ein weiterer Punkt ist der Widerstand gegen die wachsende Steigerung der feindlichen Besatzungskosten. Redner bespricht dann die Entwertung des Papiergeldes und bedauert die Angriffe der Sozialdemokratie gegen die Regierung in der auswärtigen Politik. Die Spargrößen des Arbeiters gehören in das Werk hinein. Wir müssen ein geschlossenes Volk werden, dann erst werden wir zum Wiederaufbau kommen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag mittag 12 Uhr.
Anfragen, Interpellationen über Kartoffellieferungen, Weiterberatung und kleine Vorlagen.
Schluß nach 7 Uhr.

Der Entente-Militarismus im besetzten Gebiet.

Der Hauptauschuh des Reichstags setzte am Donnerstag seine Aussprache über die Besatzungskosten fort. Vor Eintritt in die Debatte gab der Reichsfinanzminister v. Kaumer eine Erklärung ab, die verschiedene Ausführungen im Bericht der Presse über die Verhandlungen am Mittwoch richtig stellte. Im Anschluß an die Erklärung des Ministers entstand eine längere Aussprache darüber, wie eine richtige Versorgung der Presse über die Ausschuhberatungen möglich sei. Man einigte sich schließlich dahin, daß ein von der Regierung gestellter Herr den Bericht entwirft und dem Vorsitzenden des Ausschusses zur Prüfung vorlegt.

Dann besprach der Reichsfinanzminister den Antrag Helfferich auf Festsetzung der Ausgaben für den „Hohen Ausschuh“ der Militären auf 30 Millionen und wies darauf hin, daß es unmöglich sei, Mittel zu streichen, von denen man heute schon mit Sicherheit wisse, daß sie doch notwendig werden würden. Der Zweck, gegen die Ausgaben zu protestieren, die nach dem Rheinlandabkommen nicht zulässig sind, ist durch die Aussprache vollkommen erreicht worden. In Fortsetzung der Beratung erwähnte Stücken (Soz.) u. a., daß ein Mitglied der Delegation eine Villa forderte, deren Mietpreis monatlich 50 000 bis 60 000 Mk. betrage. Für die Tochter eines Generals mußten sogar auf Reichsbesitzungen gekauft werden. Ein Leutnant habe einen Teppich für 80 000 Mk. verlangt usw. Solche Ausgaben sind unzulässig; sie tragen dazu bei, den finanziellen Ruin herbeizuführen.

In der Frage, ob als Protest gegen den Druck der Fremdenverwaltung in den besetzten Gebieten die Mittel zur Erfüllung der in Betracht kommenden Leistungen abzulehnen seien, rief Reichsminister Dr. Simons von einer solchen Art des Protestes ab. Der Reichsminister wandte sich dann gegen die Unvernunft, daß die Besatzungsmächte mit deutschen Mitteln den Entente-Militarismus unterstützen und großzügigen, während sie vorgeben, den Krieg gegen Deutschlands Militarismus geführt zu haben. Er sprach die Hoffnung aus, daß auch diese Frage in Genf zur Klärung gebracht werde.

In der Abstimmung wurde ein Antrag Koresi und Genossen auf Herabsetzung der Besatzungsziffer und auf Begrenzung der Kosten zu drängen, einstimmig angenommen. Ebenso wurde die Erhöhung von 20 auf 40 Millionen für die Besatzungsbefehle angenommen, desgleichen ein Antrag Bur. Lage (3.), darauf hinzuweisen, daß die Zahl und die Tätigkeit der im Rheinland aufgestellten Delegierten sich im Rahmen des Rheinlandabkommens hält.

Der Ausschuss trat sodann in die Beratung des Etats des Reichsministeriums für Wiederaufbau ein. Es wurden 40 Millionen Mark an Uchertenerungszuschüssen für fertig zu bauende und auszuführende Schiffe bewilligt, ebenso 225 Millionen Mark zur Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützung für Schäden in den deutschen Schutzgebieten aus Anlaß des Krieges.

Alsdann erstattete Dr. Reichert (D.) sein Korreferat über die Ausgaben zur Ausführung des Friedensvertrages und seiner Vorverträge.

Ministerialdirektor Dr. Fischer vom Reichsfinanzministerium gab bekannt, daß seit einer Reihe von Monaten unter Führung des Auswärtigen Amtes Besprechungen über den Aufgabenkreis der Genfer Konferenz stattfinden.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wurde die Sitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Gegen Joch und den Obersten Rat.

Der bekannte englische Journalist Gardiner, der sich längere Zeit in Deutschland aufhielt und über diesen Aufenthalt eine längere Artikelserie veröffentlicht hat, schreibt in dem Schlusssatz des Artikels „Rettung aus dem europäischen Irreal (Weg mit Marshall Joch!)“ trägt, u. a. folgendes:

„Die Diktatur Europas muß den Händen des Marshall Joch entzogen werden. Die Zeit ist vorbei, da man seinen Feinden unmögliche Bedingungen diktieren konnte. Man muß sich Deutschland als einem Schuldner nähern und es als einen Schuldner behandeln. Seine Verbindlichkeiten müssen festgesetzt werden, und zwar festgelegt nicht im Sinne der phantastischen Rhetorik von Demagogen, die nach Stimmen haschen, sondern entsprechend der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage des Schuldners, die durch gegenseitige sachverständige Untersuchung festzustellen ist. Die Politik der Zerschmetterung Deutschlands muß ein für allemal tot sein, damit jene Politik, die es zahlungsfähig erhalten will, leben kann.“

Spaa war nur ein Beginn. Noch größere Dinge müssen getan werden, als Spaa vollenden konnte. Der Oberste Rat muß zu bestehen aufhören. Er hat allzu lange gelebt. Er hat allzu verhängnisvoll gearbeitet. Eine unverantwortliche Körperlichkeit ist es, die Europa in Flammen erhält. Kaum ist ein Brand irgendwo gelöscht, so entzündet er einen anderen. Er vertritt keine demokratische Meinung in Europa und müßte von der französischen Demokratie ebenso nachdrücklich verworfen werden, wie von der Demokratie Englands. Der Oberste Rat ist ein bloßes Instrument der Dekrete Marshall Joch geworden, mit Churchill, dem festgefakten Mann in England, als Kanonenerleferer, mit Lloyd Georges als Rauchschieß und Bonar Law als Fabrikant von Dementis. Der Oberste Rat ist eine Beleidigung für England und eine Gefahr für die Welt.

An seiner Stelle, an der Stelle dastehender und neuer Kriege organisierender Sieger, müßte ein europäischer Rat geschaffen werden, ein Rat aus Gleichen, die für die gemeinsame Rettung Europas zusammenarbeiten. Die Tätigkeit dieses Rates müßte in der Tätigkeit des Völkerbundes aufgehen und diesem die Lebenskraft verleihen.“

Das bedrohte Ruhrgebiet.

Die Gewerkschaftsvorstände, die den Anschluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bilden, haben Donnerstag eine Kundgebung beschlossen, die folgenden Wortlaut hat:

„Von Tag zu Tag mehrten sich die Anzeichen, die die Gefahr einer gewaltigen Besetzung unseres Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes durch französische Streitkräfte näherbrachten. Truppenzusammenschüßungen, Anlagen von Truppenübungs- und Flugplätzen im besetzten Rheinland, offene Kundgebungen der französischen Presse und gleichgerichtete, an Landesverrat grenzende Bestrebungen süddeutscher Kreise lassen keinen anderen Schluß zu, als daß der französische Militarismus nur auf eine günstige Gelegenheit wartet, um sich in den Besitz des Ruhrkohlenreviers zu setzen und damit Deutschland den wirtschaftlichen Lebensadern abzuschneiden.“

Die Folgen einer solchen Vergewaltigung Deutschlands würden katastrophal werden, nicht nur für unsere Staats- und Wirtschaftseinheit, sondern auch für das gesamte Europa und für die wirtschaftlichen Beziehungen der Kulturvölker. Deutschland würde nicht allein zerrissen, sondern ein 60-Millionen Volk zugleich dem Hunger und der Verzweiflung überliefert und damit eine Gefahr für die übrige Kulturwelt geschaffen. Es mag imperialistische Kreise in Frankreich geben, die auch das krasseste Unrecht vor der Menschheit, den Weltfrieden aufs neue bedrohenden Verfolgung ihrer Ziele abhört, — aber der einschüchternde und weiterblühende Teil der Menschheit und besonders die gesamte Arbeiterschaft aller Länder sollte diese Gefahren erkennen und mit uns zu verhindern suchen. Der Anschluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Vertretung der deutschen Arbeiterschaft, erhebt die schärfste Verwarnung gegen diese französischen Vergewaltigungsabsichten und warnt die verantwortlichen Gewalthaber auf das Eindringlichste vor der Ausführung solcher Pläne.“

Zum Schluß wird an die Gewerkschaften aller Länder und an den Gewerkschaftsbund in London appelliert, „eine Resolution in gleichem Sinne zu beschließen.“

Jouhaug über den Wiederaufbau.

U. Essen, 5. November. Gestern wurde hier eine Gewerkschaftsversammlung abgehalten, an der die Mitglieder der internationalen Gewerkschaftskommission teilnahmen, die zum Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse ins Ruhrgebiet entsandt wurden. In Beantwortung einer deutschen Begrüßungsansprache führte Jouhaug (Frankreich) aus, daß er nur in das Ruhrgebiet gekommen sei, um den deutschen Arbeitern die brüderlichen Gefühle der französischen Arbeiter und der Arbeiter aller anderen Länder zu übermitteln. Was hinter uns liegt, sagte er, ist gegeben. Die erste Sorge der Arbeiter aller Länder muß es

sein: dem Krieg den Krieg zu erklären. Nur so werden sie imstande sein, ihre große Aufgabe zu erfüllen. Die Richtlinien des internationalen Gewerkschaftsbundes sprechen sich gegen jeden Militarismus und aus diesem Grunde auch gegen jede Besetzung eines Landes durch die militärischen Kräfte eines anderen Landes aus. Wir wünschen den Wiederaufbau durch gemeinsame Arbeit durchzuführen, aber nicht unter der Kontrolle von Bajonetten und Kanonen.

Die „offene“ Politik der bolschewistischen Regierung.

U. Prag, 4. November. Im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung stellte Milwood der Kommunist Stalaf den Antrag, daß die Geheimverträge veröffentlicht werden. Daraufhin antwortete der Minister des Neuhern, Benesch, daß die bolschewistische Regierung auf einem anderen Standpunkte stehe, nämlich auf dem der Geheimverträge. Er fügte hinzu, die bolschewistische Regierung sei an die tschechoslowakische mit der Forderung herangetreten, einen Geheimvertrag militärischen und politischen Charakters mit der tschechoslowakischen Republik abzuschließen. Die tschechoslowakische Regierung habe dieses An-erbieten abgewiesen.

Trotsky über den Frieden.

Die in Paris erscheinende Zeitung „Lezte russische Nachrichten“ schreibt, Trotsky habe erklärt, daß die von Rußland abgeschlossenen Friedensverträge das Schicksal des Vertrages von Brest-Litowsk teilen werde, d. h. also nicht von langem Bestand sind.

Der Terror in Rußland.

Nach zuverlässigen Feststellungen wurden in Rußland in sieben Monaten der Jahre 1918 und 1919 in nur 20 Gouvernements 7095 Männer und Frauen erschossen, 56531 Personen gefangen gesetzt und 117 Millionen Rubel konfisziert und als Geldstrafen eingezogen.

Neue Beschlagnahme deutscher Flugzeuge.

U. Danzig, 5. Novbr. Nach einer Verfügung des stellvertretenden Oberkommissars ist gestern morgen die Beschlagnahme sämtlicher der Danziger Luftreederei gehörenden Flugzeuge verfügt worden. Zwei davon können nur als Schulflugzeuge angesehen werden; die beiden anderen sind für Kriegsdienste ebenfalls nicht geeignet.

Deutsch-polnisches Gefangenena-bkommen.

In Warschau wurden die Verhandlungen über den Transport deutscher und russischer Reichsangehöriger durch Polen abgeschlossen. Russische Staatsangehörige werden bis zur Ratifizierung des Friedens in Riga mit der Einschränkung durch Polen befördert, daß vorläufig nur Frauen, Kinder und Invaliden berücksichtigt werden sollen. Die aus Rußland in Polen eingetroffenen Deutschen werden sofort über Westfalen heimgeschickt. Die in polnischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Angehörigen der Roten Armee werden, soweit sie Anspruch auf deutsche Reichsangehörigkeit haben, gleichfalls nach Westfalen weitergeleitet.

Rückgabe der requirierten deutschen Binnenschiffe durch Polen.

Ueber die Zurückhaltung deutscher Flußfahrzeuge in Polen fanden vom 30. Oktober bis 2. November zwischen Vertretern der Deutschen und der polnischen Regierung Verhandlungen statt. Diese führten zum Abschluß eines Abkommens, in dem sich die polnische Regierung verpflichtet, sofort alle von ihr requirierten deutschen Rähne und Dampfer in Bromberg oder Danzig den Eigentümern zurückzugeben, die Rückkehr dieser Schiffe, sowie der sonst zurückgehaltenen westdeutschen Flußfahrzeuge zu gestatten und für die Benutzung des requirierten Schiffsraumes Vergütungen nach den auf den ständigen Wasserstraßen üblichen Sätzen zu zahlen. Sie wird ferner den Eigentümern der requirierten Schiffe diesen die infolge der Verdrängung von ihren Fahrzeugen, der Ueberstellung nach Deutschland und der Rückkehr zum Uebergabeort der Schiffe entstandenen Kosten ersetzen. Die Regelung der Uebergabe und der Entschädigung wird im einzelnen durch besondere Kommissare beider Regierungen durchgeführt.

Sobald die Rückkehr der Schiffe nach Deutschland erfolgt, wird die deutsche Regierung die bisher verweigerte Erlaubnis für die Durchführung von Superphosphat- und Schwefelkiesstransporten auf dem Wasserweg von Stettin und Hamburg nach Polen erteilen.

Der Sieg Hardings.

Die bisherigen Resultate ergeben, daß 531 Elektoralstimmen, und nicht 351, sich auf Harding und 126 auf Cox verteilen; 54 Stimmen stehen noch aus. Hardings Mehrheit ist die größte, die bisher in der Geschichte der amerikanischen Präsidentschaft verzeichnet wurde.

Zum Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten ist Calvin Coolidge gewählt worden. — Coolidge ist ein Nachkomme des früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten, Thomas Jefferson.

In Orlando (Florida) veranlaßte am Tage der Wahl ein Nezer, der nicht zur Wahl zugelassen wurde, da er die Steuern nicht bezahlt hatte, einen Aufruhr. Hierbei wurden zwei Weiße getötet und andere verwundet. Die Menge hing den Nezer schließlich auf und verbrannte fünf andere Nezer, die an dem Zusammenstoß teilgenommen hatten, ebenso die Häuser, in die sie sich geflüchtet hatten.

Wirtschaftliche Blockade Georgiens durch Sowjet-Rußland.

Das in Baku, in russischer Sprache erscheinende sozialdemokratische Blatt „Bakumer Leben“ stellt fest, daß die Politik der russischen Sowjetregierung nach dem Scheitern der Vereinigung Georgiens mit Waffengewalt für das Sowjet-Regime zu gewinnen, sich nunmehr eines starken wirtschaftlichen Druckes gegen Georgien bedienen. Georgien ist blockiert und vom Handelsverkehr mit Mediantas und Baku, also von der Zufuhr von Getreide, Kaffee, Petroleum und Schmieröl abgeschnitten. Da Georgien keine eigene Geldwährung hat, wird es von der Sowjetregierung mit russischen Papiergeld überflutet und die

ausländische Wäskta für den Export nach Sowjetrußland aufgekauft. Das georgische sozialdemokratische Blatt verpricht sich von einem künftigen Handelsvertrag nicht viel und weist auf die Notwendigkeit hin, das westliche Proletariat darüber aufzuklären, daß die Sowjetregierung Georgien gegenüber dieselbe Blockade und Interventionspolitik verfolge, gegen die sie sich so leidenschaftlich in ihren Kundgebungen wehre.

Politische Kundschau.

Deutschland.

Vor den Preußenwahlen.

Die Verfassungsberatung in der Preussischen Landesversammlung wird voraussichtlich am 16. November beendet sein. Das Wahlergebnis wird nicht mehr verabschiedet werden; es wird vielmehr nach der provisorischen Wahlkreiseinteilung gewählt werden, die den Wahlen von 1919 zugrunde lag. Die Wahlen müssen innerhalb drei Monaten nach Verabschiedung der Verfassung stattfinden. Es erscheint danach sicher, daß wahrscheinlich der 18. Februar Wahltermin für Preußen sein wird.

Die Wahlagitatorik wird sich danach auf eine ziemlich kurze Zeit nach Neujahr zusammendrängen und außerdem durch die kalte Witterung der härtesten Winterzeit und den Mangel an Kohle stark gehemmt werden. Die Ansetzung des Wahltermins durch die bürgerliche Mehrheit gerade auf Mitte Februar ist offenbar dazu bestimmt, der Auffrungsarbeit unter den breiten Volksmassen die allergrößten Schwierigkeiten zu bereiten. Je klarer diese Absicht zutage tritt, umso notwendiger wird es sein, daß die Sozialdemokratie alsbald mit voller Kraft in die Wahlbewegung eintritt. Denn die politische Rückwirkung des Wahlausfalls in Preußen auf das Reich wird unter allen Umständen außerordentlich stark sein.

Was kostet die Reichstagswahl?

Die Reichstagswahlen verursachen nicht nur den einzelnen Parteien beträchtliche Unkosten. Auch das Reich muß jetzt dabei tief in den Säckel greifen. Nach § 39 des Reichswahlgesetzes trägt das Reich von den Kosten, die den Gemeinden aus den Reichstagswahlen entstehen, vier Fünftel. Ferner zahlt das Reich nach § 40 des Reichswahlgesetzes an die Parteien zum Erlaß der Beschaffungskosten der Stimmzettel einen Betrag, der nach der festgestellten Zahl der gültigen Stimmen und einem von der Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsrat und dem Reichstag zu bestimmenden Einheitsfuß berechnet wird. Die vom Reich zu erlegenden Kosten werden um voraussichtlich betragen: a) $\frac{1}{2}$ der Aufwendungen der Gemeinden (48 Bg. für den Kopf der Bevölkerung) 28 500 000 Mk. b) Aufwendungen der Kreis- und Verbandswahlleiter 1 Million Mk. c) Aufwendungen der oberen und unteren Verwaltungsbehörden 100 000 Mk. d) Aufwendungen der Landeszentralbehörden 1 600 000 Mk. e) Aufwendungen des Reichsministeriums des Innern und des Reichswahlleiters 200 000 Mk. und f) Zahlungen an die Parteien zum Erlaß der Kosten der Stimmzettel 4 600 000 Mk. Das macht zusammen 36 Millionen Mark. Das Wählen ist also auch für das Reich eine kostspielige Sache.

3000 Reichstagspetitionen.

Der neue Reichstag hat seine Tätigkeit kaum begonnen, und schon liegen ihm nahezu dreitausend Bittschriften aller Art vor. Aus allen Bevölkerungskreisen, aus allen deutschen Ländern kommen sie. Ununterbrochen wogt diese papierene Flut heran. Korbeweis werden die Eingaben zur Verordnungsreform herangebracht. Beinahe alle Beamtengruppen haben hiernach Abänderungswünsche vorzubringen. Die übrigen Bittschriften beziehen sich auf alle politischen und wirtschaftlichen Gebiete. Es gibt Leute, die den Reichstag für allmächtig halten. Er soll nach ihren Wünschen überall einreifen, Beamte befördern und nach besseren Orten versetzen, Gefangene befreien, Zahlungen veranlassen, Verlobten die Heirat ermöglichen, Wohnungslosen eine Unterkunft verschaffen. Zahlreich sind die Vorschläge zum Wiederaufbau des Deutschen Reichs. Hier braucht also nur zugegriffen werden. Auch an Vorschlägen zur Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens, zur Beseitigung der Finanznot (sicherlich ist die Eingabe schon vom Reichsfinanzminister eingehend geprüft worden), zur Herbeiführung des Weltfriedens usw. fehlt es nicht.

Auch an Steuerorschlägen ist kein Mangel. Die Junggefallensteuer findet viele Befürworter, aber auch eine Kagensteuer, eine Klaviersteuer, und eine Kanarienvogelsteuer werden empfohlen. Eine Reihe von Eingaben sprechen sich gegen das Impfen aus, ebenso viele sind dafür. Zahlreiche Petitionen fordern die freie Wirtschaft, andere die Zwangswirtschaft. Gegen die Kriegsgeheimnisse wird vielfach Einspruch erhoben. Gewaltig an Zahl sind die Proteste gegen das Treiben der Polen in Oberschlesien und gegen das Verhalten der fremden Besatzungstruppen im Westen. Die Fernsprecherneher in Burgstädt rücken gegen die Zwangsanleihe für Fernsprechteilnehmer zu Felde und verlangen eine allgemeine Volksabstimmung (Volksentscheid) über diese Frage. Ein Herr aus Barmen fordert das Reich auf, einen von ihm erfundenen Flaschenschluß einzuführen. Ein anderer teilt mit, daß er „eine Erfindung zum Schutze des Deutschen Reiches“ gemacht habe und bereit sei, sie zu verkaufen. Eine Steglitzerin bittet den Reichstag um Zuweisung von Milch und Kohle. Ein Berliner überreicht „Glaubenssätze der Ausgeborenen“. Der Verein der Rentner und Rentnerinnen in Landsberg a. W. bittet um Herabsetzung der Lebensmittelpreise. So strömen von allen Seiten Wünsche an den Reichstag heran. Möge er neben den großen Redeurnieren Zeit finden, auch diese Stimmen aus dem Volke zu beachten. Denn neben viel übertriebenen Forderungen stecken in diesen Zuschriften doch manchmal auch gute Anregungen.

Beifällige Einziehung des Reichsnotopfers.

Der bereits angekündigte Gesetzentwurf betreffend die rasche Einziehung des Reichsnotopfers wird dem Reichstage in der kommenden Woche zugehen. Ueber den Inhalt des Gesetzentwurfes läßt die „Voll. Sta.“, daß eine Änderung der Durchführungbestimmung in der Form vorgeschlagen wird, daß ein Drittel des Reichsnotopfers sofort gezahlt werden soll. Für die übrigen zwei Drittel bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen. Durch das eine Drittel hofft man, etwa 25 Milliarden hereinzubekommen, die zur Tilgung schwebender Schulden verwendet werden sollen.

Das erwartete Ergebnis.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden: Der parlamentarische Untersuchungsausschuss in der Volkshaus hat Mittwoh seine Arbeiten beendet. Er ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Anschuldigung, Münchener Sozialorganen hätten eine Organisation zur Beseitigung von nichtlieblichen Personen gebildet, hinfallen ist. Das war nicht anders zu erwarten, nachdem allzu neugierig

Wie stark ist Spartakus?

Nach einer Meldung des 'Deutschen Schnellendienstes' zählt die R. P. D. (Spartakusbund) im ganzen Reich einschließlich der Frauen und Jugendlichen zur Zeit weniger als 60000 eingetragene Mitglieder...

Kleine politische Nachrichten.

Wie das 'Echo de Paris' aus Warschau meldet, hat die polnische Regierung die Kosten des Feldzuges mit Russland auf 2 1/2 Milliarden polnische Mark festgelegt...

Der Botschaftsrat wird nach Meldungen aus Basel eine Note an die Regierungen von Deutschland und Österreich senden, in der die Auflösung der Organisation 'Sicherheit' gefordert wird...

Der im Verlauf der Dortener Affäre von der Rheinland-Kommission seines Postens enthobene Regierungspräsident von Wiesbaden, Dr. Momm, soll, nachdem sich herausgestellt hat, daß er persönlich der Verhaftung Dortens völlig fernstand, wieder in sein früheres Amt eingesetzt werden.

Donnerstag trat im Leipziger Hauptbahnhof die Allgemeine Deutsche Fahrplan-Konferenz nach Beendigung des Krieges zum ersten Male wieder zusammen...

Der 'Corriere della Sera' teilt mit, daß der italienische Ministerrat auf Vorschlag der Kriegs- und Marineminister beschlossen habe, eine neue Amnestie zu erlassen...

Ungarisch-Slowakei.

Verzettelung in Mähren.

U. Brunn, 4. November. Eine Versammlung der Sekundarärzte beschloß, da die materiellen Forderungen bisher unerfüllt geblieben sind, den Streik zu beenden...

Griechenland.

Straßenunruhen in Athen.

Das griechisch-amerikanische Pressebureau meldet aus Athen: Venizelos hat die Sprengung der Thronfolgefrage am 1. November freigegeben...

England.

Der politische Umschwung.

Ueber die Gemeindevahlen in England liegen jetzt folgende genaue Zahlen vor: Unionisten 11 Sitze gewonnen und 11 verloren...

Ein Zerstörer gesunken.

Dem 'Telegraph' zufolge meldet die britische Admiralität, daß der englische Torpedobootszerstörer 'Stonehenge' vor Tara Bura im Eingang des Golfes von Smyrna gesunken ist.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Freitag, 5. November.

Auch Lübeck hat seine Orgelei.

Die alldeutsche reaktionäre Gesellschaft verschmäht bekanntlich ein Mittel, um die Macht wieder an sich zu bringen. Sie hat sich nach militärischem Muster eine Organisation - die Orgelei - geschaffen...

Von der Provinzialleitung der Organisation 'Sicherheit' für Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Schwerin, Hamburg und Lübeck wird gegenüber dem von preussischen Minister des Innern erlassenen Verbot mitgeteilt...

Da es sich bei den Orgeleuten um ausgesprochene Republikaner handelt, darf man die Lübsche Regierung wohl an den Spruch Ciceros erinnern: 'Mögen die Konsuln dafür sorgen, daß die Republik keinen Schaden erleide'.

Wegen ausgebrochener Differenzen mit der Direktion legten am Mittwoch die Arbeiter des Lübecker Hohenwerkes einstimmig die Arbeit nieder...

Der Kohlemangel tritt gegenwärtig in Lübeck wieder kraft in die Erscheinung. So mußte diese Woche ein gewerblicher Großbetrieb einen Tag die Produktion und am Donnerstag sah sich eine industrielle Firma genötigt, ihre Kessel mit Buchenholzen unter Feuer zu halten...

Kriegsgräber. Der 'Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, e. V. Charlottenburg 5, Königsweg 30', hat in den letzten Monaten seiner Tätigkeit an mehreren französischen, belgischen und polnischen Orten deutsche Kriegsgräber besichtigen und Gedenktafeln mit immergrünen Kränzen schmücken lassen...

Die Quänterspeisung, die seit längerer Zeit in mehreren Städten besteht, ist bekanntlich auch seit Montag in Lübeck eingeführt. Es werden 1000 unterernährte Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren und 300 werdende und stillende Mütter gespeist...

Das 'Zentralbureau für den Wiederaufbau G. m. b. H.' das in Köln von einem Herrn Gallosch geführt wurde, ist durch Verfügung des Amtsgerichts Köln gelöst worden...

Volkschule. In den beiden am 6. und 13. November im Johannicum stattfindenden Volkshochschulvorträgen wird Herr Ernst Häfeler die geschichtliche Entwicklung, die Zusammenfassung und Bedeutung des Orchesters behandeln...

Konkursöffnung. Ueber das Vermögen des Elektrotechnikers Johann Heinrich Dettmann in Lübeck, Wöhrstraße 21, wurde am 4. November das Konkursverfahren eröffnet...

Stadttheater. Freitag wird das Lustspiel von Fr. v. Roquemore 'Die deutschen Kleinfäden' zum ersten Male aufgeführt. Sonnabend findet die Uraufführung von 'Andine' statt...

Späterlegung der Theaterzeit. Die Theaterkanzlei teilt mit, daß auf vielfachen Wunsch hin ab nächster Woche das Theater wieder um 7.30 Uhr beginnt...

pb. Erwischter Fahrraddieb. In Schwartau wurde ein bereits wegen Diebstahls und Betruges vorbestrafter 21jähriger Arbeiter von hier wegen Fahrraddiebstahls festgenommen...

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Nürnberg, der bei einem Landwirt in Gr. Schenkendorf Mehl und sonstige Nahrungsmittel mittels Einbruches gestohlen hatte...

pb. Fahrraddiebstahl. Von dem Eingang der Paketpost im Schlüsselbuden wurde Donnerstag mittags ein Fahrrad, Marke 'Tornado', mit schwarzem Gestell und nach oben gebogener Lenkstange gestohlen.

Angrenzende Gebiete.

Seeger. Revolutionsfeier. Der Sozialdemokratische Verein veranstaltet am Dienstag eine Revolutionsfeier, die sicher auf eine rege Beteiligung rechnen kann...

Segeberg. Großfeuer in Fredesdorf. Im Ostausgang des Dorfes entstand ein Feuer und verbreitete sich schnell über das ganze Haus. Von dem starken Ostwind erfasst, ergoß sich laut 'Segeberg Tageblatt' ein wahrer Funkenregen...

Hamburg. Senator Garrels ist Donnerstag früh verstorben. Er gehörte dem Senat als erster Vertreter der bürgerlichen Demokratie an, die früher ebenso wie die Sozialdemokratie durch den Terror der Rechtsparteien von den Senatsämtern aus-

geschlossen war. Seine Hingabe an das ihm anvertraute Amt und seine vielseitige Tätigkeit für das öffentliche Wohl sichern ihm ein ehrenvolles Andenken weit über den Kreis seiner engeren Parteifreunde hinaus...

Hamburg. Schiffsstrandung. Die Galeasse 'Hosianna' aus Hamburg, mit einer Ladung Futtermehl auf der Reise von Göteborg nach Sonderburg, strandete in der Walsbüch, 1/2 Meilen westlich von Slagen...

Hamburg. Treibeis auf der Elbe. Infolge des anhaltenden Ostwindes hat sich der Wasserstand der Elbe auf der unteren Stromstrecke herab gesenkt, daß es an schlechten Stellen bereits zu Schiffsstrandungen gekommen ist...

Altona. Der Schulkstreik ist durch beiderseitiges Entgegenkommen beendet worden.

Neumünster. Ein großer Moorbrand, der meilenweit im Umkreise beobachtet wurde, kam am Mittwoch abend in der Feldmark Wattenbek zum Ausbruch und hat unter den großen Torfvorräten, die dort aufgestapelt waren, gewaltigen Schaden angerichtet...

Ribnitz. Biergläser im Meinungskampf. Das Schöffengericht hat den früheren Gatticher Bierbrauer, jekinen Arbeiter-Schmidt aus Damaarien zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt...

Sarburg. Einem eigentümlichen Unfall ist ein hiesiger Einwohner erlegen. Er bestreite einen Stiefel aus, dabei glitt das Messer ab und fuhr ihm so unglücklich in das Herz, daß der Tod alsbald eintrat.

Bremen. Mord an einer Näherin. Donnerstag wurde die Näherin Kappmunt in ihrem Wohnzimmer in der Poppelstraße ermordet aufgefunden. Die Ermordete war unter dem Bett versteckt. Die Tat ist bereits am Sonntag nachmittag geschehen...

Bremen. Großer Fehlbetrag im Budget für 1920. Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1920 ergibt einen Fehlbetrag von 1 584 811 127 Mark bei einem Ausgabebestand von 82 897 855 Mark...

Neueste Nachrichten.

Im Sturm gekentert.

II. Stettin, 5. November. Auf der Ostsee kenterte infolge Sturmes bei Hentzenhagen ein Fischerboot mit den drei Söhnen des Fischers Fehlbeg, die zum Auslegen der Netze hinausgegangen waren...

Granatenerplosion.

II. Berlin, 5. November. Im Hause Schillingstraße 24 im Norden Berlins wurde gestern der dort wohnende Arbeiter Raschke durch eine explodierende Granate, mit deren Entladung er beschäftigt war, getötet...

Ausbau des Reichsfinanzhofes.

II. München, 5. November. Die höchste Finanzbehörde des Reiches, der in München stationierte Reichsfinanzhof, ist ausgebaut worden. Er besteht jetzt aus einem Präsidenten, drei Senatspräsidenten, zwanzig Reichsfinanzräten und aus einem Hilfspräsidenten...

Die künftige Politik Amerikas.

II. London, 5. Nov. Die englische Presse sieht den Grund von Harding's Waffstillstand keineswegs in einer Vorliebe für die Version oder Partei, sondern in der Abkehr vom Wilsonismus...

Geschäftliches.

Wiedereröffnung! Es gibt selten eine Verkaufsanstaltung, die so große Vorteile bietet, wie die 'Bekleidungs-Welle' bei Rudolph Karstadt. Der deutliche Beweis hierfür ist der täglich wachsende Andrang der Käufer...

Im Café Hoyer findet am Samstag, abends 7 1/2 Uhr, ein großes Doppel-Konzert zugunsten der Veteranenpense statt. Im Interesse des guten Zweckes ist ein recht zahlreicher Besuch zu empfehlen.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten 'Aus dem Freistaat Lübeck' verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik 'Aus dem Freistaat Lübeck' verantwortlich: Hermann Bayer. Verleger: Heinz Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Für die herzlichsten Glückwünsche und Geschenke, besonders für das Ständchen aus unserer silbernen Hochzeit sagen wir unsern herzlichsten Dank.
H. Moll und Frau, 9059) geb. Westphal.

Für die uns in so reichlichem Maße erzeigten Aufmerksamkeit anlässlich der Hochzeit unserer Tochter sowie unserer Silberhochzeit danken herzlich
F. Jackstat u. Frau Louise,
Ernst Frahm u. Frau Käthe. 9086

Statt besonderer Meldung.
Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief sanft im 27. Lebensjahre im Krankenhause meine liebe gute Frau, meiner Kinder treuversorgende Mutter (9087)
Klara Kruse
geb. Peters.
In tiefer Trauer im Namen aller Hinterbliebenen
Fritz Kruse u. Kinder.
Schlutup.
Trauerfeier Sonntag, den 7. Nov., 12 1/2 Uhr in der Kapelle in Schlutup.

Deutscher Bauarbeiterverband
Nachruf.
Am Sonntag starb nach längerer Krankheit unser Kollege
Joachim Kelling
(Schriftarbeiter).
Ihre seinem Andenken.
Beerdigung am Sonnabend, dem 6. Novbr., nachmittags 1 1/2 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof.
9088) Der Vorstand.

Für die herzlichste Teilnahme bei der Bestattung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, sagen wir allen herzlichsten Dank.
9071) Familie Bera.

Zornlehnage
zu Oftern 1921 geücht.
Schetelig & Molk,
Eisengießerei u. Maschinenfabrik Lübeck, Wafenigstr. 43 a, Eing. Zithernstr. (9067)

Wint.-Mantel f. 10jähr. Mädchen, 1 Unter für gr. Herrn. Kortwagstr. 88, II. r. (9044)

J. v. Kavalleriestr. 42, 9052) Krausestr. 8.
Ein Kinderwagen 2 u. 9072) Rüterstr. 2.

1 neuer moderner Winterpaletot, II. Fig., zu verk. (9085) Lußowstr. 7a, v.

Rüchensch. Bettl. Zische bill. Al. Grövelgr. 5. (9048)
1 wie neu erh. versend. Singernähmaschine, nutz. 1400 M. Off. u. B. B. 13 a. d. Exp. (9054)

30 Zugänger von 25-50 K. 2 Satz Fertig billig zu verkaufen. (9088) P. Stüwe, Schönholtenbergerstr. 18.

Rote Blutgarnitur 1800 M. rote Rippgarnitur 900 M. Seifensack 18 M. Seifensack m. u. ohne Seife v. 250 M. an, 2 Uhr gelb. Kleider (L. 250) Bettl. m. Spritzm. 220 M. Stühle 20. Stühle, Sesselstr. 10. (9045)

Karl Lamb, Böttcherstr. 16
30 Rindfleisch p. 8 K.
Brotentwürfel 9
Kollersch 12
Schinkenbein 13
frisch Gebackt 11
Schwanzfleisch, Gamme, H. la. web. Schmalz p. 22 M.
la. geräuch. fett. Speck (9075)

Volkschule.
Sonnabend, 6. Novbr. 1920, abends 8 Uhr, im Johannenum (Mala) Vortrag von Herrn. Häbler Das Orchester u. seine Entwicklung, 1. Teil (mit Erläuterungen am Klavier). Eintritt f. Hörer frei; Nichtmitglieder 1 Mt. (9082)

Sozialdemokr. Verein Seeretz.

Revolutionsfeier
am Dienstag, 9. Novbr. im Lokale des Genossen Henning, bestehend in

Lichtbildvortrag u. Ball. Nachm. 4 Uhr für Kinder 2 u. ab. 7 Uhr für Erwachsene (9088) Das Komitee.

Turnverein Stodsdorf u. Umg.

Ball
verbunden mit turnerischen Aufführungen am Sonnabend, 6. Novbr. im Gr. gesellschaftsh. O. Niederischer Fackenburg.
Anfang 7 Uhr.
Ende morgens 9048) Der Vorstand.
NB. Musik ausgeführt von der Künsterkapelle Sulanks. Der Saal ist geheizt. D. O.

Zentralverband der Maschinen u. Heizer.
Zahlstelle Lübeck.
Verammlung
am Sonnabend, 6. Novbr., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Vortrag des Koll. Flehly Kiel. (908)
Alle Berufskollegen sind hierzu eingeladen. D. V.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck. 9076

Verammlung
der **Elektriker**
am Sonntag, dem 7. November vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Die Ortsverwaltung.

Warme Planel-Hemd-Blusen
in besser Wascheverarbeit. mit Falten und Perlmutterkopi-Gaumtur
135.- 125.- 95.- 85.- 79.-

68 00
Dargel-Blie
Holstenstraße 16.
Sonnabend prima frisches 9078

Kobfleisch.
A. Radloff
Schwabenquaistraße 4.
Der Mann im Jagdüber-Kleid am Sonnabend, 9. Okt., 12, wird um Verteilung gebeten an (9074) Sonnabend, Trauer.

Hebergebenes Paket.
Der Mann im Jagdüber-Kleid am Sonnabend, 9. Okt., 12, wird um Verteilung gebeten an (9074) Sonnabend, Trauer.

Achtung Gewerkschaften!

Die Gewerkschaftskollegen werden ersucht, sich recht zahlreich an der Beisetzung des verstorbenen Zimmerers **Aug. Schwarz** zu beteiligen.
Abmarsch vom Gewerkschaftshaus am Sonnabend, dem 6. November, nachmittags 2 1/2 Uhr.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Ordnungsbüro Lübeck. (9089)

Billige Bezugsquelle für die arbeitende Bevölkerung
Wir sind beauftragt, (9047) alle von uns aufgeführten Waren, wie:
Frauen- und Männerkleidung Hemden, Unterhosen, Strümpfe und Stiefel, auch im Einzelverkauf abzugeben.
Verkaufszeit 9-6 Uhr.
Haense & Lütjohann
Beckerstraße 74, II.
Generalvertr. der Kleiderstraße G. m. b. H.

Kindertuch 1.50
Körbe mitbringen. (9084) Carl Müller.
5 Markthallenstand 5.

Buderus 9041
Oefen
die Qualitätsmarken.
Adolf Borgfeldt,
Mühlenstr. 36-44. Tel. 672.

Vollfetter Chester-Käse
ist hier noch wenig bekannt, wer sparen will, kaufe nur diesen wohl-schmeckenden Käse, der durch seinen hohen Fettgehalt ein gutes Nahrungsmittel ist. Ein kleines Stück Chesterkäse beträgt mehr als ein Pfund Maerkkäse. (9086) Wiederverkäufer, Genossenschaften, Kantinenverwaltungen erhalten auf Käse und Schmalz die niedrigsten Engros-Preise bei
Heinrich Wiencke & Söhne
Geibelplatz 19. Tel. 8309.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage in meinem bisherigen Zigarrenladen, **Untertrave 66**, ein **Fettwaren-, Delikatessen- u. Konfitürengeschäft** eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, alle mich Begehrenden auf das beste und billigste zu bedienen. Ich bitte, mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen und zeichne mich mit der größten
Sorgfältigkeit und Ergebenheit
Heinrich Vick
Untertrave 66, Untertrave 70, Abtlg. für Lebensmittel, Abtlg. für Zigarren.

Zahle wie bekannt
die höchsten Tagespreise für alle Sorten Felle, Lumpen, Metalle, Knochen und Papier.
J. Lissauer, Schildstr. 5. (9051)

Ata 9048
reinigt und scheuert alle Geräte aus Porzellan, Emaille, Holz, Metall, Glas, Stein, Marmor usw.
Bestes Scheuerpulver
für Haushalt, Gewerbe und Industrie.
Vorzüglicher Herdputz.
Überall erhältlich.
Henkel & Cie., Düsseldorf
Fabrikanten v. „Su“ u. Henkels Bleich- u. Soda.

Rechnungs-Formulare
fertig prompt an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Halt! Lesen Sie!
2 große Schläger bringen die **Stadthallen - Lichtspiele**
heute und folgende Tage:
Der Hentel von St. Marien.
6 Akte mit Eva May. (9091)
Welt ohne Krieg.
Ein Zukunftsproblem in 6 Akten.
Das sind die neuesten Schläger der Gegenwart!

Steinsetzer-Verband.
Einladung zum Ball
am Sonnabend, dem 6. November im Gewerkschaftshaus.
Anfang 6 Uhr. (9064) Der Vorstand.

Hodermann
Sonnabend, den 6. Novbr., 9090) ab 4 Uhr:
Extra-Konzert
und Eröffnung der neuen Räume,
ab 7 1/2 Uhr: **Doppel-Konzert**
zu Gunsten der Veteranenspende.

Sparklub „Zur gemütlichen Ecke“.
BALL
verbunden mit Ferkel-Losung und Preiswürfeln
am Sonnabend, 6. November in Friedrichshof.
Anfang 6 1/2 Uhr. Herren 3 Mt., Damen 2 Mt. Der Fest-Ausschuh. (9061)

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Vorstellung im Stadttheater
am Sonntag, d. 21. November 1920
nachmittags 2 1/2 Uhr:
Die weiße Dame.
Komische Oper in 3 Akten von Boildien.
Preis der Karte 3.50 Mk.
Karten sind ab Sonntag, dem 7. November im Gewerkschaftshaus zu haben. (9049)
Für Mitglieder werden Karten zu ermäßigten Preisen am Sonnabend, d. 6. November, abends von 7-8 Uhr im Gewerkschaftshaus ausgegeben.
Textbücher in der neuen Bearbeitung sind an der Theaterkasse zu haben.

Zentralhallen
Morgen Sonnabend:
Großer Ball. Anf. 6 1/2 Uhr. (9077)

Konzerthaus „Flora“.
Sonntag, den 7. November: (9055)
Volksfesttrubel.

Außerordentliche
General-Verammlung
der
Arbeitsgenossenschaft e. G. m. b. H. Lübeck
am Montag, dem 15. November 1920,
abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Bericht des Aufsichtsrates.
3. Bilanz.
4. Neuwahl des Aufsichtsrates.
5. Genossenschaftliches. (9068)
NB. Mitgliedsbuch oder Karte ist vorzubringen.
Der Vorstand. Der Aufsichtsrat.
H. Koppau. Johs. Schumann.

(9068)
Wann kommt **Johann Strauß?**

Gr. Preisskat
Sonntag, den 7. Novbr., Anfang 4 Uhr. (9060)
Pollerkrug.
Deutscher Transportarbeiter-Verband 9080
Ortsverwaltung Lübeck.

Verammlung
der **Castanienarbeiter**
am Sonnabend, d. 6. November abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission.

Verammlung
der **Weinarbeiter und Arbeiterinnen**
am Sonnabend, d. 6. November abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Stellungnahme zum Angebot der Arbeitgeber.
Die Ortsverwaltung.

Schwartau - Rensfeld.
Einladung zum
BALL
am Sonntag, d. 7. Nov., im Hotel Kronprinz.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Ballanfang 7 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein (9075) Der Festauschuh, NB. Der Saal ist gut geheizt.

Gledermanns
8 Uhr (9062)
Programm mit **Mia u. Mario Oelschläger.**

Hansa-Theater
Heute 7 1/2 Uhr (9060)
(8. Freitag-Voll-Ab., 4. Gold-Pl. Serie II)
Première

Der ersten Liebe gold'ne Zeit.
Operette i. 3 Akte v. Gilbert.
Sonnabend u. Sonntag 7 1/2
Dieselbe Vorstellung.
Das Theater ist gut geheizt!

Stadttheater Lübeck.
Freitag B. A. u. 7. M. i. G. II. D. Deutsch. Kleinstadt. 7 U. Sonnabend. B. A. u. 7. M. i. Op.-Ab. Undine. 7 U. (9066) Sonnt. Vors. d. Bl.-Vollst. d. Operette. D. Welsch. 7.30. Der letzte Walzer. 7.30.

